



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Vom Reformmodell zur modernen Universität

Rimbach, Gerhard

Düsseldorf, 1992

1.1.2 Studentische Stellungnahmen

urn:nbn:de:hbz:466:1-8287

und verwies statt dessen auf die Sonderreifepprüfung.³³ Sie hielt zwar daran fest, daß "jeder Abiturient" die Hochschule besuchen kann, da es nicht ausschließlich um die Heranbildung des Forschungsnachwuchses ("Elite") ginge, sondern "die Hochschulen auch die Ausbildung der großen Zahl von Akademikern übernehmen müssen, deren die moderne Gesellschaft in der Praxis bedarf", aber nur wenn die "Möglichkeiten geschaffen werden, Studenten, die sich als völlig ungeeignet erweisen, wieder von der Hochschule zu entfernen und das Problem der Überfüllung durch personellen und materiellen Ausbau der bestehenden Hochschulen entschärft würde, äußerstenfalls auch dadurch, daß die Kapazität der großen Hochschulen durch regional naheliegende bzw. zugeordnete Hochschulen bzw. Ausbildungsstätten entlastet werden"³⁴. Einmütig sprach sich die WRK gegen die Errichtung einer Hochschule für Erziehung mit Promotions- und Habilitationsrecht aus, weil diese von vornherein auf die praktischen Notwendigkeiten eines bestimmten Berufs ausgerichtet ist" und nicht "jede einzelne an ihr vertretene Wissenschaft sich ohne Rücksicht auf praktische Berufsziele nach ihren eigenen Gesetzen entfalten" könne.³⁵

1.1.2 Studentische Stellungnahmen

Auch die Studierenden akzeptierten die durch den Numerus clausus gegebene "scharfe Auslese" als zeitbedingte Notwendigkeit und verlangten "die Reifeprüfung auf einem Niveau zu halten, das den Gesichtspunkten der Qualitätsauslese allein entspricht". Sie wendeten sich zwar gegen Semestralprüfungen, forderten aber "eine strengere Handhabung der Prüfungen im Interesse eines besseren Leistungsniveaus".³⁶ Die Studierenden sähen ihre "Hauptaufgabe ... in der Arbeit an (sich) selbst, in der Pflege des akademischen Geistes und dem Streben nach einer wahren Bildung im Sinne der Universitas litterarum".³⁷

Mitte der fünfziger Jahre hielt der VDS "eine Hochschulreform nach wie vor für dringend notwendig, weil die Universität in ihrer Erziehungs- und Bildungsfunktion, in ihrer inneren Gliederung und hinsichtlich ihrer Stellung innerhalb der Gesellschaft Mängel aufweist, die die Leistungsfähigkeit der Universität nach innen und außen mehr oder weniger beeinträchtigen".³⁸ Hinsichtlich einer inneren Erziehungsaufgabe heißt es: "Es ist nicht Aufgabe der Universität, Fachspezialisten, sondern Akademiker mit einer wissenschaftlich-fachlichen und allgemeingeistigen Bildung zu formen",³⁹ eine von der historischen Entwicklung überholte Vorstellung.

³³ Berechtigung des Abgangszeugnisses der Wirtschaftsoberschulen und Zulassung von Fachschulabsolventen an deutschen Hochschulen, Münster i.W. 29. Juli 1955 bzw. Mainz 28. Januar 1956. Neuhaus, ebd., S. 69 bzw. 70 f. Studententage der britischen und amerikanischen Zone sowie Konferenz der Studenten der deutschen Länder unter Teilnahme der Kultusminister und Rektoren 1946/1947, ebd., S. 115 ff.

³⁴ Zum Problem der Elite-Universität u. zum Problem der Überfüllung, WRK Frankfurt/Main, 29. November 1956, ebd., S. 73 ff.

³⁵ WRK, Karlsruhe, 6. Januar 1958, ebd., S. 81.

³⁶ Studententage der britischen und amerikanischen Zone sowie Konferenz der Studenten der deutschen Länder unter Teilnahme der Kultusminister und Rektoren 1946/1947, ebd., S. 115 ff.

³⁷ Ebd., S. 118.

³⁸ Empfehlungen des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Hochschulreform, 25. ordentliche Delegierten-Konferenz, Freiburg 10.-12.2.1955, ebd., S. 155.

³⁹ Ebd., S. 158.

Ein Jahr später tauchte dann zum ersten Male die Abgrenzung zu den "Technischen Lehranstalten" auf: "Der Wunsch nach einer klaren Abgrenzung zwischen der Ausbildung von Ingenieuren an höheren technischen Lehranstalten und der wissenschaftlichen Vorbildung von Studenten Technischer Hochschulen sowie die Anforderungen von Wirtschaft und Industrie verlangten ferner auch im Interesse der Technischen Hochschulen eine umfassende Erweiterung der höheren technischen Lehranstalten."⁴⁰

Die erneut standespolitisch orientierte Forderung, das Fachschulwesen auszubauen, wurde erhoben, um die wissenschaftlichen Hochschulen zu entlasten: "Deutlicher erscheint die Forderung nach vermehrtem Fachschulstudium mit dem Hinweis, dadurch die berufsausgerichtete Ausbildung dorthin zu verlagern und sie aus dem Bereich des Universitätsunterrichts herauszuhalten. Die Widerstände, die vielfach in der Studentenschaft gegen eine allgemeine Grundausbildung anstelle einer Berufsfachausbildung vorhanden sind, würden wahrscheinlich geringer werden, wenn mehr Fachschulen vorhanden sind, um die an Grundlagenbildung nicht interessierten Studenten aufzunehmen. Für die 60% Studenten, die an der Universität nur Schulbetrieb wollten, sollen Fachschulen eingerichtet werden."⁴¹

Neue Technische Hochschulen sollten künftig nicht errichtet sondern die bestehenden ausgebaut werden.⁴² Auf der gleichen Linie liegen die zusammengefaßten, ebenfalls aus dem Jahre 1958 stammenden Protokollergebnisse, die bezeichnenderweise mit einem Zitat aus K. Jasper's Rede von 1946 "Die Idee der Universität " beginnen: "Die Aufgabe der Universität ist die Wissenschaft. Aber Forschung und Lehre der Wissenschaft dienen der Bildung geistigen Lebens als Offenbarwerden der Wahrheit."⁴³ Als innere Krise bezeichnete man "das Auseinanderleben von Lehrenden und Lernenden, das Brotstudium, das Titelstreben, die Verkürzung der Forschung".⁴⁴ Idealistische Wunschvorstellungen verstellten den Blick auf die gewandelte Wirklichkeit.

Es ist denkbar, daß die damalige Abgrenzung von Universität und Technischer Hochschule gegeneinander die Ausgrenzung von Frauen in den Technikdisziplinen zusätzlich verfestigte. Die fast vollständige Abwesenheit von Frauen in den Technikstudien nicht nur im Lehrkörper, sondern auch unter den Studierenden hat bis heute eine ungebrochene Fortsetzungsgeschichte (ähnliches, allerdings nicht ganz so extrem, gilt für die Naturwissenschaften). Hier stellt sich nicht nur die Frage nach der Abstand tradiert weiblicher Berufsmuster vom technisch-naturwissenschaftlichen Bereich mithilfe der Zuweisung von Berufsspektren von sozialer Kompetenz oder gesellschaftlicher Dienstbarkeit. Es kann auch die Umkehrfrage gestellt werden: Konnten vielleicht die Technikdisziplinen ihre Ergebnisse nur durch Ignorieren von sozialer Kompetenz umgehend gesellschaftlich implementieren?

Erstmalig taucht auf dem 5. Deutschen Studententag im Jahre 1958 die Forderung nach Mitbestimmung auf: "Die Forderung der Universität nach autonomer Selbstverwaltung bedingt eine 'Demokratisierung' der inneren akademischen Selbstverwaltung, d.h. die 'Diktatur der

⁴⁰ Ebd., S. 164. Eine Erweiterung erfolgte in dieser Zeit tatsächlich in erheblichem Umfang.

⁴¹ Ebd., S. 182, vgl. auch ebd., S. 217.

⁴² Vgl. ebd., S. 167.

⁴³ Restaurieren-reparieren-reformieren, die Universität lebendig erhalten, ebd., S. 168.

⁴⁴ Neuhaus, ebd., S. 170.

ordentlichen Professoren' muß durch eine echte Selbstverwaltung ersetzt werden, an der alle der Universität Angehörigen (Professoren, Dozenten, Assistenten, Studenten) in geeigneter Weise teilnehmen. Wenn man zu einer solchen 'Demokratisierung' nicht bereit ist, wird die Berechtigung der Forderung nach Autonomie der Hochschule in der Öffentlichkeit unglaubwürdig erscheinen. Wo obrigkeitliche Verhältnisse herrschen, ist Selbstverwaltung illusorisch."⁴⁵

1.1.3 Das "Blaue Gutachten"

Die fundiertesten Vorschläge zur Hochschulreform bis zum Aufbruch in den 60er Jahren sind in dem "Blauen Gutachten" von 1948⁴⁶ enthalten, das im Laufe der 50er Jahre immer wieder zitiert, jedoch in wesentlichen Passagen nicht umgesetzt wurde. Die Kommission war sich darüber einig, "daß die Aufgabe der Hochschule zu sehen ist im Dienst am Menschen durch die in wissenschaftlicher Erforschung der Wirklichkeit zu gewinnende Lehre der Wahrheit".⁴⁷ Nach dieser Formulierung ist die Hochschule in gleicher Weise gegenüber der Gesellschaft und der Wahrheit verpflichtet.

Als praktische Vorschläge ergäben sich daraus:

- "1. Weitgehende Erleichterung des Studiums für Unbemittelte;
2. Förderung des Kontaktes der Hochschule mit allen Schichten der Gesellschaft durch einen Hochschulrat;
3. Verbreiterung des Lehrkörpers;
4. Förderung der Erziehung und der Einheit der Bildung durch ein 'Studium generale'.

Gründe für eine Reform sind:

- a) die heutige Hochschule hat mit der sozialen Umschichtung unserer Zeit nicht Schritt gehalten,
- b) die heutige Hochschule bildet den spezialisierten Intellekt und nicht den Menschen aus und treibt daher der Aufspaltung in ein Konglomerat von Fachschulen entgegen."⁴⁸

Der Bildungsauftrag der Hochschule war in den 50er Jahren relativ unbestritten. Zahlreiche Vorschläge und Modelle für das studium generale wurden diskutiert und teilweise eingeführt, aber nach einiger Zeit wieder fallengelassen.

Das "Blaue Gutachten" hatte das Ziel, Tradiertes mit den damaligen Erfordernissen zu verbinden. Dazu erfolgten sehr progressive Einzelvorschläge, wie die berufsgebundene, praktische Tätigkeit für alle Studierenden vor dem Studium oder während der Semesterferien, ein globaler Hochschulhaushalt, Vorschläge, die nie umgesetzt aber noch immer aktuell sind. Insgesamt hat das Gutachten einige zentrale bis heute anstehende Probleme der Hochschulreform aufgegriffen, wie zeitgemäße Studieninhalte und -ziele oder das Auseinanderdriften der Fachdisziplinen.

⁴⁵ Ebd., S. 230.

⁴⁶ Ebd., S. 289. In der Zeit vom 21. April bis 26. Oktober 1948 erarbeitete ein Ausschuß, der vom Militärgouverneur für die britische Besatzungszone Deutschlands berufen wurde, ein umfangreiches Gutachten.

⁴⁷ Ebd., S. 290.

⁴⁸ Ebd., S. 290.